

Inhalt

Vorwort	VII
Einleitung	1
§ 1 <i>Chinesisches Wirtschaftsverfassungsrecht als Rechtsproblem</i>	1
I. Etablierung des chinesischen Wirtschaftsverfassungsrechts als das Hauptziel der Untersuchung	1
1. Zu rechtsstaatlichen Defiziten der gegenwärtigen Wirtschaftsrechtsordnung Chinas	1
2. Verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Rahmenbedingen für die Schaffung einer rechtsstaatlichen Wirtschaftsrechtsordnung in China ..	3
3. Etablierung des Wirtschaftsverfassungsrechts als das Hauptziel der Untersuchung	6
II. Weitere Ziele im Rahmen des Rechtsvergleichs	6
III. Die Darstellung des chinesischen Wirtschaftsverfassungsrechts mittels Verfassungsauslegung als Untersuchungsgegenstand	8
1. Darstellung des chinesischen Wirtschaftsverfassungsrechts und Vergleich mit dem deutschen Wirtschaftsverfassungsrecht	8
2. Vorgehensweise der Verfassungsinterpretation	8
a) Methodenpluralismus bei der Verfassungsauslegung	8
b) Rechtsvergleich als Auslegungshilfe	9
IV. Gang der Untersuchung	11
Erster Teil: Wirtschaftsrelevante Verfassungsprinzipien	13
<i>Vor § 2 Zur Wirtschaftsrelevanz von Verfassungsprinzipien</i>	13
§ 2 <i>Sozialstaatsprinzip</i>	14
I. Verankerung des Sozialstaatsprinzips in der chinesischen Verfassung	14
1. Ableitung des Sozialstaatsprinzips aus der Sozialismusbestimmung und weiteren sozialen Elementen der chinesischen Verfassung	14
2. Unbestimmtheit des Sozialstaatsprinzips	15
3. Abhängigkeit des Sozialstaats von Finanzkraft und Prioritätensetzung	15
II. Gebote des chinesischen Sozialstaatsprinzips	16
1. Sozialer Ausgleich	17
2. Soziale Sicherheit	17
3. Sozialgestaltung und Infrastrukturleistungen	17
III. Sozialstaatsprinzip und Grundrechte	18
1. Keine subjektive Rechte des Bürgers aus dem Sozialstaatsprinzip	18
2. Verstärkung und Einschränkung von Grundrechtsschutz für sozial Schwache und sozial Starke	18
3. Grundrechte als Grenze und Voraussetzung für die sozialstaatlichen Tätigkeiten	19

IV.	Adressaten des Sozialstaatsprinzips	19
1.	Gesetzgeber	19
2.	Exekutive und Gerichte	20
§ 3	<i>Rechtsstaatsprinzip</i>	21
I.	Zur Auslegung des chinesischen Rechtsstaatsprinzips	21
II.	Gewaltenteilung	23
III.	Die Verfassungsmäßigkeit der Wirtschaftsgesetzgebung	24
IV.	Bindung der Wirtschaftsverwaltung an Gesetze	24
1.	Vorrang des Gesetzes in der Wirtschaftsverwaltung	24
2.	Vorbehalt des Gesetzes in der Wirtschaftsverwaltung	25
V.	Rechtssicherheit staatlichen Wirtschaftsverwaltungshandelns	26
1.	Transparenz der wirtschaftsverwaltungsrechtlichen Maßnahmen	27
2.	Bestimmtheit der wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Normen und Ausführungsmaßnahmen	27
a)	Bestimmtheit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Normen	27
b)	Bestimmtheit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Ausführungsmaßnahmen	28
3.	Widerspruchsfreiheit und Überschaubarkeit der Rechtsordnung	28
4.	Zeitliche Dimension des Rechtssicherheitsgebots	29
a)	Grundsätzliche Unzulässigkeit nachträglicher Änderung von Wirtschaftsrechtsnormen	29
b)	Keine Garantie für den Fortbestand von geltenden Wirtschaftsrechtsnormen	30
VI.	Zur Verhältnismäßigkeit im Wirtschaftsverwaltungsrecht	30
1.	Das aus den Grundrechten hergeleitete Verhältnismäßigkeitsprinzip als Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips	30
2.	Geeignetheitsgebot	31
3.	Erforderlichkeitsgebot	31
4.	Verbot unzumutbarer Maßnahmen	31
VII.	Rechtsschutz im Wirtschaftsverwaltungsrecht	32
VIII.	Rechtsstaatsprinzip und Sozialstaatsprinzip	32
1.	Auswirkung des Rechtsstaats auf den Sozialstaat	33
2.	Auswirkung des Sozialstaats auf den Rechtsstaat	33
§ 4	<i>Sparsamkeitsprinzip</i>	34
I.	Bindungskraft von Sparsamkeitsgebot und Verschwendungsverbot des Art. 14 Abs. 2 CV	34
II.	Keine Verpflichtung des Staates zur Enthaltbarkeit nach Art.14 Abs. 2 CV ..	34
III.	Das gemeinwohlmaximierende Sparsamkeitsprinzip	35
1.	Gemeinwohlverpflichtung des Staates als Orientierung für die Auslegung des Sparsamkeitsprinzips	35
2.	Minimalprinzip	35
3.	Maximalprinzip	35
4.	Zwischenergebnis	36
IV.	Reichweite des Sparsamkeitsprinzips	36
1.	Keine Beschränkung auf quantifizierbare Größen	36
a)	Eingeschränkte Quantifizierbarkeit von Zwecken und Mitteln	36

b)	Anwendbarkeit des Sparsamkeitsprinzips bei unquantifizierbaren Zwecken und Mitteln	37
2.	Einbeziehung von Kosten und Nutzen der Dritten in die Beurteilung des Zweck-Mittel-Verhältnisses	38
3.	Anwendungsgebiete und Begrenzung	38
V.	Adressaten des Sparsamkeitsprinzips	39
VI.	Verhältnis zwischen Sparsamkeitsprinzip und Verhältnismäßigkeitsprinzip ...	39
1.	Gemeinsamkeiten zwischen Sparsamkeitsprinzip und Verhältnismäßigkeitsprinzip	40
2.	Unterschied zwischen Sparsamkeitsprinzip und Verhältnismäßigkeitsprinzip	40
VII.	Verfassungsstatus des Rechnungshofs	41
1.	Rechtsstellung des Rechnungshofs	41
2.	Adressaten und Maßstäbe des Rechnungsprüfung	41
§ 5	<i>Umweltschutzprinzip</i>	43
I.	Lebensumwelt und ökologische Umwelt als gegenständlicher Schutzbereich ..	43
1.	Anthropozentrische Orientierung des Art. 26 CV	43
2.	Zum Umweltbegriff i.S.d. Art. 26 CV	43
a)	Ein einheitlicher Umweltbegriff	43
b)	Natürliche Grundlagen für das menschliche Leben als Umwelt i.S.d. Art. 26 CV	44
c)	Menschlich beeinflusste Umwelt als Umwelt i.S.d. Art. 26 CV	45
d)	Ausschluss »sozialer Umwelt« aus dem Schutzbereich des Art. 26 CV	45
II.	Umweltschutz als ein Staatsziel	46
III.	Schutz und Verbesserung der Umwelt als Verfassungsgebot	46
1.	Materielle Schutzelemente	46
a)	Grundsätzliche Unterlassung von Umweltschädigungen durch staatliches Handeln	46
b)	Grundsätzliches Verbot der Förderung von Umweltbelastungen	47
c)	Vorsorge und Beseitigung von Schädigungen	47
d)	Verpflichtung zur internationalen Zusammenarbeit	47
2.	Angemessene Organisations- und Verfahrensgestaltung als formelles Schutzelement	48
3.	Schutzniveau	48
a)	Verbot des kompletten Rückzugs	48
b)	Erhaltung überlebensnotwendiger Umweltgüter als Minimalanforderung	49
c)	Kein maximaler Umweltschutz	49
d)	Auswirkung des Verbesserungsgebot auf das Schutzniveau	49
4.	Schutzmaßnahmen	49
VI.	Adressatenkreis des Umweltschutzprinzips	50
1.	Der Staat, nicht Private als der Adressat	50
2.	Gesetzgebung	51
3.	Vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als Adressaten	51
V.	Verhältnis zu Grundrechten	52
1.	Grundrechtsbeschränkung durch Umweltschutz	52
2.	Grundrechtverstärkung durch Umweltschutz	52

V.	Kritischer Vergleich von Art. 26 CV und Art. 20a GG	53
1.	Weitgehende inhaltliche Vergleichbarkeit	53
2.	Knappe Formulierung des Art. 26 CV gegenüber überflüssigen Klauseln des Art. 20a GG	53
Zweiter Teil: Wirtschaftsverwaltungsrelevante Verfassungszuständigkeiten ...		55
§ 6	<i>Wirtschaftsverwaltungsrelevante Rechtsetzungszuständigkeiten</i>	55
I.	Verteilung wirtschaftsverwaltungsrelevanter Rechtsetzungszuständigkeiten als Rechtsproblem	55
II.	Wirtschaftsverwaltungsrelevante Gesetzgebungszuständigkeiten des NKV und dessen Ständigem Ausschuss	56
1.	Kompetenzverteilung zwischen NVK und dessen Ständigem Ausschuss ..	56
2.	Gesetzesvorbehalt: Vorrangstellung des Gesetzgebers gegenüber anderen Normgebern	56
3.	Zur Übertragbarkeit der Zuständigkeiten des Gesetzgebers	57
III.	Wirtschaftsverwaltungsrelevante Rechtsetzung durch den Staatsrat	58
1.	Selbständiges Verordnungsrecht des Staatsrates nach Art. 89 Nr. 1 CV ...	58
a)	Selbständiges Verordnungsrecht als inhärenter Bestandteil der Exekutivgewalt des Staatsrates	58
b)	Anwendungsmöglichkeiten	59
2.	Beauftragte Rechtsetzung des Staatsrates nach Art. 89 Nr. 18 CV	59
a)	Verfassungsrechtsgrundlage und Sinn der beauftragten Rechtsetzung	59
b)	Auftrag als Ermächtigung und eventuell auch als Verpflichtung	60
c)	Zu Einschränkungen der Ermächtigungsrechtsetzung	61
3.	Vergleich mit der Verordnungsgebung in Deutschland	61
IV.	Wirtschaftsverwaltungsrelevante Rechtsetzungszuständigkeiten von Provinzen, regierungsunmittelbaren Städten und autonomen Gebieten	62
1.	Grundregel: kein Widerspruch mit Gesetzen und Verordnungen des Staatsrates	62
2.	Zuständigkeiten der Provinzen in verschiedenen Konstellationen	63
a)	Zuständigkeiten der Provinzen bei fehlenden Gesetzen und Staatsratsverordnungen	63
b)	Zuständigkeiten der Provinzen bei nicht abschließenden Gesetzen und Staatsratsverordnungen	63
c)	Zuständigkeiten der Provinzen für gleichlautende Rechtsetzung bei abschließenden Gesetzen und Staatsratsverordnungen	64
d)	Keine Zuständigkeiten der Provinzen bei vom Gesetzgeber und dem Staatsrat beabsichtigtem Regelungsverzicht	65
V.	Andere wirtschaftsverwaltungsrelevante Rechtsetzungszuständigkeiten	65
VI.	Vergleich der Kompetenzverteilungsmethoden in China und Deutschland ...	66
§ 7	<i>Wirtschaftsrelevante Regierungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungszuständigkeiten</i>	67
I.	Wirtschaftsrelevante Regierungszuständigkeiten	67
1.	Herausragende Stellung des Staatsrates	67
2.	Sekundäre Stellung der Provinzen	67
II.	Wirtschaftsverwaltungszuständigkeiten	68

1.	Vollzug von Lokalrechtsnormen durch Provinzen, regierungsunmittelbare Städte und autonome Gebiete	68
2.	Vollzug von Gesetzen	68
a)	Verfassungsrechtliche Vorgaben	68
b)	Gesetzgeberische Praxis und verfassungsrechtliche Bewertung	70
III.	Staatsratsaufsicht bei der Wirtschaftsverwaltung	70
1.	Verfassungsgrundlage und Adressatenkreis der Aufsicht des Staatsrates bei der Wirtschaftsverwaltung	70
2.	Maßstäbe der Staatsratsaufsicht	71
3.	Zeitliche Dimension der Staatsratsaufsicht	71
4.	Informationsrecht des Staatsrates im Rahmen der Aufsicht	72
IV.	Wirtschaftsverwaltungsrelevante Organisationsgewalt	72
V.	Wirtschaftsrelevante Rechtsprechungszuständigkeiten	73
Dritter Teil: Wirtschaftsrelevante Grundrechte		75
§ 8	<i>Bedeutung der Grundrechte für den Wirtschaftsbürger</i>	<i>75</i>
I.	Grundrechte als Grundlage für die Entfaltung des Wirtschaftsbürgers	75
II.	Grundrechte als wirtschaftsrelevante subjektive Rechte	75
1.	Abwehrfunktion von wirtschaftlichen Grundrechten	76
2.	Anwendbarkeit der wirtschaftlichen Grundrechte auf juristische Personen	76
a)	Unentbehrlichkeit von juristischen Personen für die Grundrechtsausübung	76
b)	Gleiche Gefährdungslage für juristische Personen wie für natürliche Personen	77
c)	Hinweise auf die Grundrechtsfähigkeit der juristischen Personen	77
3.	Zur Drittwirkung von Grundrechten	78
III.	Grundrechte als wirtschaftsrelevantes objektives Recht	78
1.	Grundrechte als Wertentscheidungen	79
2.	Objektive Schutzpflichten von Grundrechten	79
3.	Ausgestaltung insbesondere in Bezug auf Verfahren und Organisation	80
4.	Grundrechte als negative Kompetenzbestimmungen für staatliche Gewalten	80
IV.	Begrenzung der Freiheitsgrundrechte	81
1.	Beschränkungen durch Tatbestandsbestimmungen oder qualifizierte Gesetzesvorbehalte	81
2.	Beschränkung durch Art. 51 CV	82
§ 9	<i>Wirtschaftlicher Gleichheitsschutz (Art. 33 Abs. 2, Art. 48 CV)</i>	<i>83</i>
I.	Adressaten von Art. 33 Abs. 2 CV als allgemeinem Gleichheitssatz	83
II.	Keine faktische Gleichheit und keine Chancengleichheit	84
1.	Keine faktische Gleichheit	85
2.	Keine Chancengleichheit	85
III.	Sinngehalt des allgemeinen Gleichheitssatzes	86
1.	Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als Differenzierungen	86
2.	Zu Differenzierungszielen	87
3.	Zu den Differenzierungskriterien	87
4.	Zum Verhältnis des Differenzierungskriteriums zum Ziel	88

5.	Gleichbehandlungsgebot bei Gestaltungsfreiheit unterschiedlichen Ausmaßes	89
a)	Grundsätzlich weitgehende Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	90
b)	Eventuelle Einschränkungen der gesetzgeberischen Gestaltungsfreiheit	90
c)	Willkürverbot bei weiter Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	93
d)	Verbot der Ungleichbehandlung ohne ausreichenden sachlichen Grund bei eingeschränkter Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	93
IV.	Bedeutung des Gleichheitssatz für Verwaltung und Rechtsprechung	94
1.	Rechtsanwendungsgleichheit	94
2.	Bindung an Art. 33 Abs. 2 CV über die Rechtsanwendungsgleichheit hinaus	95
3.	Sonderproblem I: Selbstbindung	95
4.	Sonderproblem II: keine Gleichheit im Unrecht	96
V.	Gleichberechtigung von Mann und Frau (Art. 48 CV)	97
1.	Gleichberechtigung von Mann und Frau (Art. 48 Abs. 1 CV)	97
a)	Gleichberechtigung beider Geschlechter statt Bevorzugung der Frauen	97
b)	Bedeutung des Gleichberechtigungsgebots	98
c)	Sonderproblem: indirekte Geschlechtsdiskriminierung	99
d)	Ausnahmen vom Differenzierungsverbot	100
2.	Förderungsgebot (Art. 48 Abs. 2 CV)	101
a)	Umfang der Frauenförderung nach Art. 48 Abs. 2 CV	101
b)	Frauenförderung als Staatsziel statt Grundrecht	102
c)	Ungleichbehandlungen zum Nachteilsausgleich	102
§ 10	Eigentumsschutz (Art. 13 CV)	104
I.	Eigentum als Verfassungsbegriff	104
1.	Sinn und Zweck des Eigentums	104
2.	Umfang des Eigentums	104
3.	Erscheinungsformen des Eigentums	105
a)	Sacheigentum	105
b)	Andere privatrechtlichen vermögenswerten Rechtspositionen	105
c)	Öffentlichrechtliche vermögenswerte Rechtspositionen	106
d)	Geistiges Eigentum	107
II.	Inhaltsbestimmungen und Sozialpflichtigkeit des Eigentums	108
1.	Notwendigkeit und Begriff der gesetzgeberischen Eigentumsinhaltsbestimmung	108
2.	Sozialbindungen und gestufter Eigentumsschutz	109
III.	Unverletzlichkeit und Schutz des Eigentums	110
1.	Eigentumsgarantie als Abwehrrecht	110
2.	Aktive Schutzpflichten der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung	110
3.	Schutz des Erworbenen statt Eigentumserwerbsfreiheit	111
4.	Aktive staatliche Förderung der Vermögensbildung und Vermeidung gravierend ungleichgewichtiger Verteilungsstrukturen	112
IV.	Enteignung und Zwangsnutzung	113
1.	Zu Enteignungs- und Zwangsnutzungsbegriff	113
2.	Zulässigkeitsvoraussetzung I: öffentliches Interesse	114

a)	Öffentliches Interesse als ein Rechtsbegriff	114
b)	Abwägungsgebot	115
c)	Rücküberweisung bzw. Beendigung von Zwangsnutzungen beim Wegfall des öffentlichen Interesses	116
3.	Zulässigkeitsvoraussetzung II: Gesetzliche Grundlage mit Entschädigungsregelungen	117
4.	Entschädigungsproblematik	118
a)	Keine bloß nominelle Entschädigung	119
b)	Kein voller Schadensersatz	119
c)	Marktwertersatz unter Berücksichtigung relevanter Gesichtspunkte ..	119
5.	Verhältnis zwischen Enteignung/Zwangsnutzung und Eigentumsgarantie	121
V.	Erbrechtsgarantie	121
§ 11	<i>Wirtschaftskommunikationsfreiheiten (Art. 35 CV)</i>	123
I.	Redefreiheit	123
1.	Schutzbereich der Redefreiheit	123
a)	Schutz von sowohl politischen als auch unpolitischen Äußerungen ...	123
b)	Schutz von Meinungs- und Tatsachenäußerungen	125
c)	Ausgrenzung von Äußerungen unter Einsatz vom Druckmittel aus dem Schutzbereich der Redefreiheit	126
d)	Redefreiheit im Wirtschaftsleben: Werbungen und Boykottaufrufe ...	127
2.	Geschützte Verhaltensweisen	129
a)	Verbot von rechtlichen und faktischen, unmittelbaren und mittelbaren Beeinträchtigungen	130
b)	Keine staatliche Einwirkung auf die Zuhörerschaft	130
c)	Freiheit zur Auswahl von Ort und Zeit der Äußerung	131
d)	Negative Redefreiheit	131
3.	Zur Informationsfreiheit	131
a)	Verankerung der Informationsfreiheit in Art. 35 CV als Bestandteil der Redefreiheit	132
b)	Geschützte Verhaltensweisen	134
II.	Pressefreiheit	134
1.	Pressebegriff	135
a)	Merkmal I: Vervielfältigung mittels Buchdruckerpresse oder eines anderen Vervielfältigungsverfahrens	135
b)	Merkmal II: zur Verbreitung bestimmt	136
c)	Definition und Erscheinungsformen der Presse	136
2.	Funktion der Presse	138
3.	Pressefreiheit als Abwehrrecht	138
4.	Zum Verhältnis zwischen Redefreiheit und Pressefreiheit	140
§ 12	<i>Wirtschaftsvereinigungsfreiheit (Art. 35 CV)</i>	142
I.	Der Begriff der Vereinigung	142
1.	Definition	142
a)	Merkmal I: mehrere Personen	142
b)	Merkmal II: Freiwilligkeit	142
c)	Merkmal III: gemeinsamer Zweck	143
d)	Merkmal IV: Dauerhaftigkeit	144

e)	Merkmal V: organisiertes Willensbildungsverfahren	144
f)	Irrelevanz der Rechtsfähigkeit	145
g)	Zwischenergebnis: Definition der Vereinigung	145
2.	Erscheinungsformen	145
a)	Erfasste Vereinigungstypen	145
b)	Wirtschaftsverfassungsrechtliches Problem: Wirtschaftsvereinigungen als Vereinigungen i.S.v. Art. 35 CV	146
II.	Geschützte Verhaltensweise	147
1.	Positive Freiheiten	147
a)	Gründungsfreiheit	147
b)	Beitritts-, Verbleibens- und Zusammenwirkensfreiheit	147
2.	Negative Freiheiten	148
3.	Zum Schutz der Vereinigung als solcher	148
a)	Grundrechtsträgerschaft der Vereinigung	148
b)	Geschützte Verhaltensweisen der Vereinigung	149
c)	Ausschluss der externen Betätigungen der Vereinigung aus dem Schutzbereich der Vereinigungsfreiheit	150
III.	Gesetzgeberische Ausgestaltung des Vereinswesens	151
1.	Notwendigkeit der gesetzlichen Ausgestaltung	151
2.	Handhabung der Ausgestaltung	151
a)	Ausgestaltungsfreiheit	151
b)	Anforderungen an die Ausgestaltung	152
c)	Umfang und Dichte der Regelungen	152
3.	Abgrenzung der Ausgestaltung gegenüber Beeinträchtigung	153
4.	Sonderproblem: Ausgestaltung für Wirtschaftsvereinigungen	153
§ 13	Recht zu arbeiten (Art. 42 CV)	154
I.	Arbeit als Verfassungsbegriff	154
1.	Definition der Arbeit als Verfassungsbegriff	154
2.	Vergleich mit Berufsbegriff i.S.d. Art. 12 Abs. 1 GG	155
3.	Einige Erscheinungsformen der Arbeit	156
a)	Tätigkeiten von Arbeitern, Bauern und Staatsfunktionären	156
b)	Kulturelle Tätigkeiten	156
c)	Tätigkeiten von Intellektuellen	156
d)	Tätigkeit von Unternehmern	157
II.	»Recht und Pflicht zu arbeiten« vor dem Hintergrund des verfassungsrechtlichen Paradigmenwechsels von der Plan- zur Marktwirtschaft	157
1.	Art. 42 Abs. 1 CV unter den einstigen planwirtschaftlichen Bedingungen	158
2.	Art. 42 Abs. 1 CV unter den geltenden marktwirtschaftlichen Bedingungen	158
a)	Kein Recht auf Arbeit	158
b)	Problematik der Pflicht zu arbeiten	159
III.	Recht zu arbeiten als ein Freiheitsrecht	160
1.	Abwehrfunktion des Rechts zu arbeiten	160
2.	Schutzpflichten des Staates gegenüber gesellschaftlichen Kräften – Stichwort Wanderarbeiter	160

3. Einschränkungen des Rechts zu arbeiten	161
a) Regelungsbedarf und potenzielle Eingriffe	161
b) Drei Stufen von Einschränkungen und die jeweiligen Anforderungen	162
IV. Staatliche Pflichten aus Art. 42 Abs. 2, 3, und 4 CV	165
1. Staatliche Pflichten aus Art. 42 Abs. 2 CV	165
2. Ermutigung zur Arbeit (Art. 42 Abs. 3, Abs. 4 CV)	165
Abkürzungen	167
Literatur	171
Sachregister	185
Synthetische Zusammenfassung	190